



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 660.015  
Abo-Nr.: 1060231  
Seite: 19  
Fläche: 13'985 mm<sup>2</sup>

## Seilziehen um die Steuern

Die Wirtschaft fordert eine tiefere Steuerbelastung für Firmen, Gutverdienende und Vermögende. Unnötig, findet die Linke.

**Benno Gasser**

Für die Direktorin der Zürcher Handelskammer (ZHK), Regine Sauter, steht der Kanton Zürich in Steuerfragen vor grossen Herausforderungen, die von der Regierung dringend angepackt werden müssten. Dies sagte sie im Rahmen des gestern präsentierten Zürcher Steuermonitors 2015 des Wirtschaftsprüfers KPMG und der ZHK.

Im Gegensatz zu anderen Kantonen habe sich der Zürcher Regierungsrat noch nicht geäussert, wie er auf die anstehende Unternehmenssteuerreform III reagieren wolle. Im Rahmen der Reform sollen etwa der kantonale Steuerstatus für Holding- und Verwaltungsgesellschaften abgeschafft und neue steuerliche Massnahmen kreierte werden.

Das Agieren des Regierungsrats schaffe Unsicherheit, was ein Standortnachteil sei, sagte Sauter. Die Regierung müsse sich zur angestrebten Steuerbelastung äussern. Sauter kritisiert auch die überdurchschnittliche steuerliche Belastung natürlicher Personen mit sehr

hohen Einkommen und Vermögen im Kanton Zürich.

Untätig ist der Regierungsrat im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III allerdings nicht. In seiner Antwort auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat anerkennt er, dass Änderungen der heutigen Regelungen zur Unternehmensbesteuerung unumgänglich seien. Der Regierungsrat erwartet aber, dass der Bund für den grössten Teil der Mindereinnahmen der Kantone aufkommen wird. Wie hoch diese Ausfälle sein werden, ist laut Regierungsrat schwierig zu schätzen. Dies hänge davon ab, wie stark die anderen Kantone die Steuersätze für ordentlich besteuerte Gesellschaften senkten und wie die Unternehmen auf die steuerlichen Massnahmen reagierten. Schätzungen gehen von Mindereinnahmen zwischen 320 und 500 Millionen Franken für den Kanton und die Zürcher Gemeinden aus.

Kantonsrätin Esther Guyer (Grüne) sieht den Kanton Zürich im Unterschied zu Regine Sauter keineswegs in Zugzwang. Zuerst müsse der Bund bei der Unternehmenssteuerreform III vorwärtskommen. Zürich sei ein Standort mit vielen Qualitäten, die nicht gratis zu haben seien. Unter anderem nennt Guyer das reiche Kulturangebot. Die Auswirkungen des gnadenlosen Steuerwettbewerbs sehe man heute in der Innerschweiz. Dort habe man sich fast zu Tode gespart, und jetzt fehle das Geld.